



RA Thomas Möller, Hauptgeschäftsführer

Die Finanznot der Kommunen lässt sich an der zögerlichen Beseitigung der Winterschäden ersehen. Gleichwohl sind die Kommunen in einigen Bereichen zum Handeln gezwungen: Um die ab 2013 gesetzlich vorgeschriebene Zahl an Krippenplätzen zu gewährleisten, muss massiv in den Ausbau von Kinderkrippen investiert werden. Allein in Mannheim müssen 92 zusätzliche Kinderkrippen-Gruppen eingerichtet werden. Oft ist dies nur durch Gebäudeneu- oder -anbauten zu erreichen. Die gesetzliche Neuregelung stellt sich als neues Investitionsprojekt zugunsten der Bauwirtschaft dar.

Daneben stehen Gemeinden mit bisher durch die alliierten Streitkräfte genutzten Konversionsflächen in Zukunft vor riesigen Herausforderungen. In Nordbaden sind Städte wie Mannheim, Heidelberg und Schwetzingen vom bevorstehenden US-Truppenabzug betroffen. Allein in Mannheim werden bis 2015 insgesamt 510 Hektar ehemaliges Militärgelände – teils in guter städtischer Lage – frei. Die Städte sind gezwungen, hier gemeinsam mit der Wirtschaft ein schlüssiges Investitionskonzept zu entwickeln und umzusetzen. Erneut mit interessanten Perspektiven für die Bauwirtschaft: Neuschaffung von Wohn- und Gewerbeflächen, Sanierung, etc.

Speziell bei der Entwicklung der Konversionsflächen bieten intelligente ÖPP-Modelle unter Einbindung des Mittelstandes große Chancen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Kommunen durch Bund und Land besser ausgestattet werden, um weiterhin als Hauptinvestor zur Verfügung stehen zu können. Ein richtiger Ansatz war in Baden-Württemberg die Erhöhung der Landesmittel für Städtebauförderung für das Jahr 2011. ■